

Östliche Partnerschaft | 17.09.2015 | Lesezeit 3 Min.

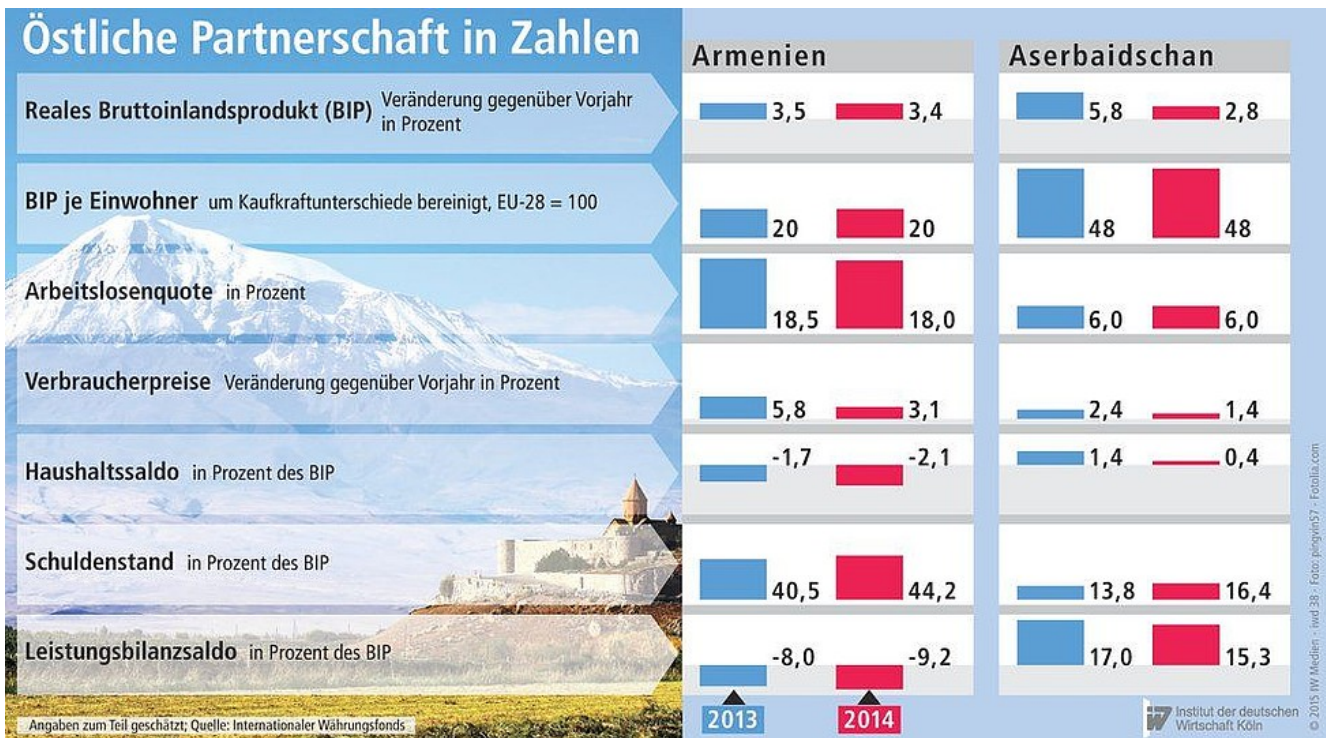
Nicht nur nette Nachbarn

Seit 2009 arbeitet die Europäische Union daran, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu sechs ehemaligen Sowjetrepubliken zu stärken. Die EU will damit für stabile Verhältnisse in ihrer östlichen Nachbarschaft sorgen. Es gibt Fortschritte, aber auch erhebliche Probleme.

Die Beziehungen der EU zur Ukraine waren vor dem Hintergrund der dortigen Krise in letzter Zeit häufig Thema in den Medien. Kaum Erwähnung fand dabei, dass die Ukraine Teil der bereits 2009 ins Leben gerufenen Östlichen Partnerschaft ist. An diesem Projekt, das die politische Annäherung und die wirtschaftliche Integration verstärken soll, nehmen die EU als Ganzes, ihre Mitgliedsstaaten sowie neben der Ukraine auch die Republik Moldau, Weißrussland, Armenien, Aserbaidshan und Georgien teil.

Dabei hat es die EU allerdings mit höchst unterschiedlichen Partnern zu tun: So hat die Ukraine 45 Millionen Einwohner und ist mit gut 600.000 Quadratkilometern etwa so groß wie Frankreich. Armenien kommt gerade mal auf 30.000 Quadratkilometer – das entspricht ungefähr der Fläche Belgiens – und zählt nur drei Millionen Einwohner. Auch wirtschaftlich ist das Gefälle groß (Grafik):

Aserbaidshan und Weißrussland erreichen beim Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt knapp die Hälfte des EU-Durchschnitts, die Republik Moldau dagegen nur 14 Prozent.



Trotz der gemeinsamen Zielsetzung der Östlichen Partnerschaft unterscheiden sich die politischen Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn erheblich. So hat Brüssel mit Georgien und Moldau vertiefte Freihandelsabkommen geschlossen, die vorläufig angewendet werden, weil noch nicht alle Mitgliedsstaaten die Abkommen ratifiziert haben. Der Abbau von Zöllen und anderen Handelsbeschränkungen soll den Austausch von Gütern und Dienstleistungen verbessern. Seit April 2014 brauchen die Bürger der Republik Moldau für Reisen in die Schengen-Staaten kein Visum mehr; mit Georgien verhandelt die EU noch über Befreiungen von der Visapflicht.

Mit der Ukraine hat die EU 2014 ebenfalls ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen unterzeichnet. Als Zugeständnis an Russland sollen die Bestimmungen über die Freihandelszone allerdings erst zum 1. Januar 2016 vorläufig angewendet werden. Dessen ungeachtet greift die EU dem krisengeschüttelten Land finanziell unter die Arme: Für den Zeitraum von 2014 bis 2020 ist ein Hilfsprogramm über 11 Milliarden Euro aufgelegt worden.

Obwohl sich die Republik Moldau, Georgien und die Ukraine politisch stark zum

Westen ausrichten, werden diese Staaten bis auf weiteres nicht der EU beitreten können – auch wenn einzelne EU-Länder wie Polen dies befürworten.

Für Armenien, Aserbaidschan und Weißrussland hat eine EU-Mitgliedschaft ohnehin keine Priorität, sie orientieren sich stark nach Russland. Das gestaltet das Verhältnis zur EU immer wieder kompliziert. So sind die Verhandlungen mit Armenien über ein Assoziierungsabkommen ausgesetzt worden, nachdem das Land 2014 der Eurasischen Wirtschaftsunion beigetreten ist, der neben Russland auch Weißrussland, Kasachstan und Kirgisien angehören. Mit Aserbaidschan verhandelt die EU zwar seit 2010 über ein Assoziierungsabkommen. Doch einer wirklichen Annäherung steht die Politik der Regierung in Baku im Weg – erst im Juni haben CDU/CSU und SPD im Bundestag die systematische Verletzung der Menschenrechte in Aserbaidschan kritisiert.

Noch problematischer sind die Beziehungen zu Weißrussland, das seit 1994 vom autoritären Präsidenten Lukaschenka regiert wird. Auf der Rangliste der Pressefreiheit – veröffentlicht von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ – steht Weißrussland auf Platz 157 von 180 Ländern. Die EU hat aufgrund von Menschenrechtsverletzungen sogar Sanktionen verhängt – darunter ein Reiseverbot für bestimmte Bürger Weißrusslands und das Einfrieren von Vermögenswerten.

Insgesamt gibt es in der Östlichen Partnerschaft also noch viel Raum für politische Verbesserungen. Dann wäre sicherlich auch beim gegenseitigen Handel noch mehr drin:

Im Jahr 2014 exportierte die EU Waren im Wert von 33 Milliarden Euro in die Länder der Östlichen Partnerschaft, die Importe von dort betragen 32,5 Milliarden Euro.

Zusammen entsprach dies knapp 2 Prozent des EU-Warenverkehrs mit Drittländern – und damit in etwa der Größenordnung, die auch Saudi-Arabien als elftwichtigster Handelspartner der EU erreicht. Während die EU-Länder vor allem Industriegüter im Wert von knapp 26 Milliarden Euro an die Nachbarn im Osten lieferten, kamen von dort in erster Linie Energieerzeugnisse für gut 15 Milliarden Euro.

Östliche Partnerschaft in Zahlen

Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

BIP je Einwohner um Kaufkraftunterschiede bereinigt, EU-28 = 100

Arbeitslosenquote in Prozent

Verbraucherpreise Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Haushaltssaldo in Prozent des BIP

Schuldenstand in Prozent des BIP

Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP

Angaben zum Teil geschätzt; Quelle: Internationaler Währungsfonds

Ukraine

0,0 -6,8

26 24

7,3 10,5

-0,3 12,1

-4,8 -4,5

40,7 71,2

-9,2 -4,0

2013 2014

Weißrussland

1,0 1,6

49 49

0,5 0,5

18,3 18,1

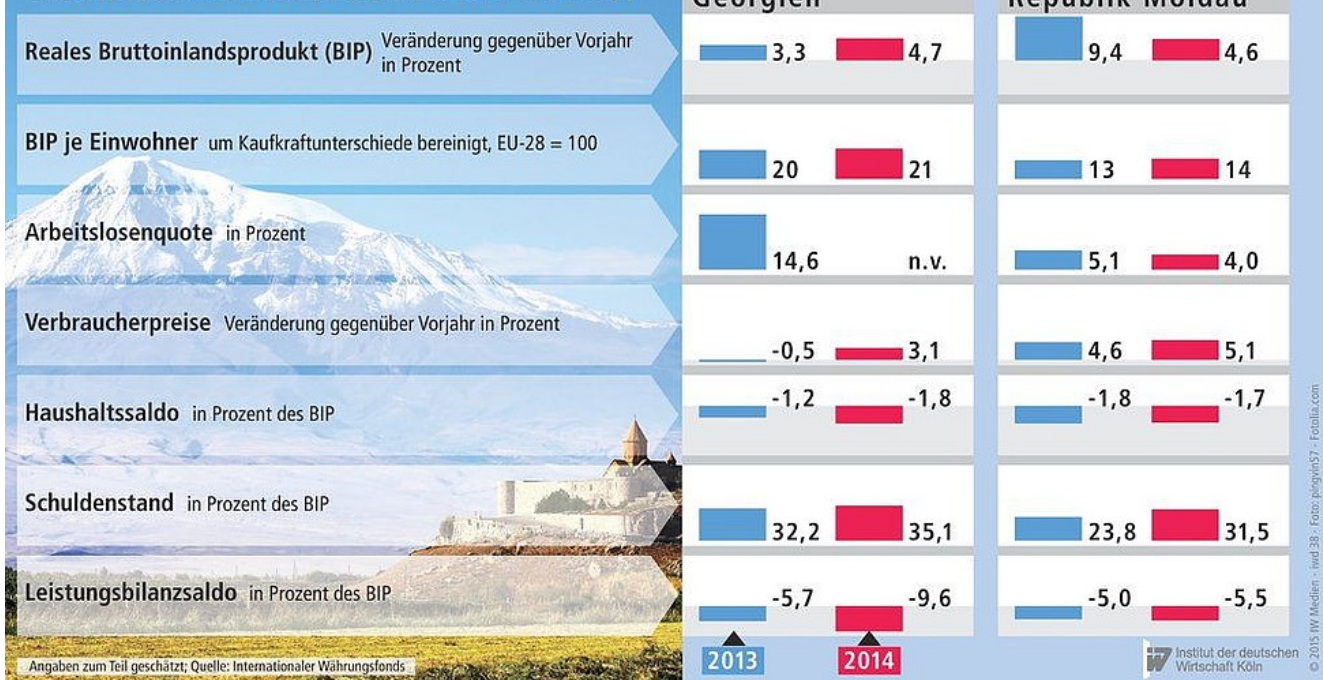
-0,9 0,1

38,3 37,9

-10,5 -6,1

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Östliche Partnerschaft in Zahlen



Kernaussagen in Kürze:

- Die Länder der Östlichen Partnerschaft weisen ein großes wirtschaftliches Gefälle auf – während Aserbaidschan und Weißrussland beim Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt knapp die Hälfte des EU-Durchschnitts erreichen, kommt die Republik Moldau nur auf 14 Prozent.
- Auch die politischen Beziehungen der EU zu ihren östlichen Nachbarn unterscheiden sich erheblich, vor allem das Verhältnis zu Weißrussland ist problematisch.
- Im Jahr 2014 exportierte die EU Waren im Wert von 33 Milliarden Euro in die Länder der Östlichen Partnerschaft, die Importe von dort betragen 32,5 Milliarden Euro.